

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Einleitung .....</b>	1
<b>2 Grundgedanken des europäischen Gesetzgebers bei der Einführung eines Systems vorvertraglicher Informationspflichten.....</b>	5
I. Rechtspolitische Grundlagen eines Informationsmodells.....	5
1. Das Informationsmodell als Ausdruck einer liberalen Verbraucherschutzkonzeption.....	6
a) Grundzüge .....	6
b) Marktkompensatorische Ausnahmen .....	9
2. Kritik des Informationsmodells.....	10
a) Einzelne Kritikpunkte .....	10
b) Soziale Verbraucherschutzkonzepte .....	11
II. Ursachen für einen Informationsbedarf des Verbrauchers.....	13
1. Sachgründe für das Entstehen von Informationsasymmetrien.....	14
2. Informationsasymmetrien als Gründe für Marktversagen .....	15
III. Die Entwicklung eines Informationssystems in der Europäischen Gemeinschaft .....	18
1. Primärrecht und Sekundärrecht.....	18
a) Erste verbraucherpolitische Programme .....	18
b) Zunehmende Bedeutung des Verbraucherschutzes .....	21
c) Entstehung eines europäischen Informationsmodells .....	23
d) Gemeinsamer Referenzrahmen und Verbraucherrichtlinie .....	26
2. Rechtsprechung des EuGH .....	30
IV. Fazit.....	31
<b>3 Die Rechtslage vor Inkrafttreten der Richtlinie 2008/48/EG.....</b>	33
I. Die „alte“ Verbraucherkreditrichtlinie 87/102/EWG .....	33
1. Die ersten Entwürfe der Kommission aus den Jahren 1979 und 1984.....	33
2. Endgültige Fassung der Richtlinie .....	34
3. Änderungsrichtlinien.....	37

II.	Umsetzung der Richtlinie 87/102/EWG in das deutsche Recht .....	40
1.	Das Gesetz betreffend die Abzahlungsgeschäfte (AbzG) .....	40
2.	Das Verbraucherkreditgesetz (VerbrKrG) .....	41
3.	Integration des VerbrKrG in das BGB durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz.....	44
	a) Systematische Neugliederung in den §§ 491 ff. BGB .....	44
	b) Regelung der Informationsvorschriften .....	46
III.	Vorvertragliche Informationspflichten nach altem Recht in Rechtsprechung und Literatur.....	49
1.	Darstellung der einzelnen Begriffe .....	50
2.	Systematik der vorvertraglichen Information .....	51
a)	Gesetzliche Regelung.....	51
b)	Weitergehende Aufklärungs- und Beratungspflichten .....	51
aa)	Beratungsvertrag .....	52
bb)	Informationspflichten als Nebenpflichten zum Verbraucherkredit .....	54
cc)	Fallgruppen für eine Informationspflicht des Kreditinstituts .....	58
(1)	Überschreiten der Rolle als Kreditgeber.....	59
(2)	Schaffung eines besonderen Gefährdungstatbestandes.....	60
(3)	Bestehen einer schwerwiegenden Interessenkollision .....	61
(4)	Vorliegen eines konkreten Wissenssprungs des Kreditinstituts.....	63
(5)	Weitere Fallgruppen.....	68
dd)	Rechtsfolgen .....	69
<b>4</b>	<b>Die Ausgestaltung der Informationspflichten in der Richtlinie 2008/48/EG .....</b>	<b>75</b>
I.	Entstehungsgeschichte .....	75
1.	Vorgeschichte .....	75
2.	Die Informationspflichten in den ersten Richtlinievorschlägen .....	77
II.	Das Informationskonzept der Richtlinie 2008/48/EG.....	83
1.	Erwägungsgründe .....	83
2.	Ausgestaltung der einzelnen Vorschriften.....	85
a)	Werbung .....	85
b)	Vorvertragliche Informationserteilung mit Hilfe des Formulars „Europäische Standardinformationen für Verbraucher“ .....	87
c)	Die Erläuterungspflicht nach Art. 5 Abs. 6 RL .....	91
d)	Sonderregelungen.....	93
e)	Die Verpflichtung zur Bewertung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers .....	94
3.	Informationserteilung im Kreditvertrag .....	96

a) Änderungen im Hinblick auf das Schriftformerfordernis .....	96
b) Umfang der Informationspflicht im Kreditvertrag.....	97
4. Informationen im laufenden Vertragsverhältnis.....	98
III. Ausblick .....	99
<b>5 Die Umsetzung des Informationspflichtenprogramms der Richtlinie 2008/48/EG in das deutsche Recht.....</b>	<b>103</b>
I. Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens.....	103
II. Die Änderungen durch das Umsetzungsgesetz.....	106
1. Systematik.....	106
2. Werbung .....	108
3. Allgemeines Darlehensrecht .....	112
4. Anwendungsbereich.....	113
5. Die Umsetzung des Informationspflichtenprogramms in den §§ 491 ff. BGB und Art. 247 §§ 1 ff. EGBGB .....	114
a) Die vorvertragliche Information nach § 491a Abs. 1 BGB i. V. mit Art. 247 EGBGB .....	115
aa) Form und Zeitpunkt der Informationserteilung .....	116
bb) Erfüllung der Unterrichtungspflicht mit Hilfe des gesetzlichen Musters.....	117
cc) Fiktion einer pflichtgemäßem Belehrung nach Art. 247 § 2 Abs. 3 EGBGB .....	119
dd) Die einzelnen Informationen nach Art. 247 §§ 3 ff. EGBGB .....	121
b) Die Verpflichtung zur Aushändigung eines Vertragsentwurfs, § 491a Abs. 2 BGB.....	124
c) Die Erläuterungspflicht nach § 491a Abs. 3 BGB .....	126
aa) Gesetzliche Ausgestaltung.....	126
bb) Umsetzung der Erläuterungspflicht in den einzelnen Mitgliedstaaten.....	127
6. Vorvertragliche Informationspflichten bei Zahlungsaufschub, sonstigen Finanzierungshilfen und Teilzahlungsschäften .....	128
7. Die Kreditwürdigkeitsprüfung nach § 18 Abs. 2 KWG.....	128
<b>6 Die Information bei Vertragsschluss: Formzwang und Sanktionen .....</b>	<b>131</b>
I. Schriftformerfordernis nach § 492 Abs. 1 BGB .....	131
1. Schriftform, § 492 Abs. 1 Satz 1 BGB.....	131
2. Abschluss in elektronischer Form, §§ 126 Abs. 3, 126a BGB.....	134
II. Pflichtangaben im Kreditvertrag.....	135
1. Ausgliederung der einzelnen Formvorschriften in Art. 247 §§ 6 ff. EGBGB.....	135
2. Anspruch auf Überlassung einer Abschrift des Vertrags und eines Tilgungsplans .....	137
III. Nachholung von Angaben, § 492 Abs. 6 BGB .....	139

1. Erfordernis einer Nachholungsmöglichkeit .....	139
2. Nachholung von Angaben.....	141
IV. Informationen im laufenden Vertragsverhältnis.....	142
1. § 493 BGB.....	142
2. Sonderregeln für Überziehungsmöglichkeiten und einge- räumte Überziehungen .....	143
V. Rechtsfolgen von Form- und Informationsmängeln.....	145
1. Grundsätzliche Nichtigkeit bei Formmängeln .....	145
2. Modifizierung des Vertrags bei Empfangnahme des Darlehens .....	147
a) Gesetzeszweck .....	147
b) Erstreckung der Heilungsfolgen auf die unwirksam erteilte Vollmacht .....	148
c) Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Heilung.....	150
3. Sanktionen von Informationsmängeln im Kreditvertrag.....	151
a) Fehlende Schriftform .....	151
b) Sanktionen fehlender oder fehlerhafter Informationen.....	153
c) Einzeltatbestände.....	153
d) Sonderfall: fehlende Angaben zur Laufzeit, zum Kün- digungsrecht und den zu bestellenden Sicherheiten, § 494 Abs. 6 Satz 1, 2 BGB .....	157
e) Widerrufsrecht.....	161
f) Besonderheiten für Überziehungskredite, Finanzie- rungshilfen und Teilzahlungsgeschäfte .....	162
7 Die Verletzung der Informationspflichten und ihre Rechtsfolgen.....	165
I. Verletzung der vorvertraglichen Informationspflicht nach § 491a Abs. 1 BGB i. V. mit Art. 247 §§ 1 ff. EGBGB .....	165
1. Konkurrenz eines möglichen Schadensersatzanspruchs aus c.i.c. mit den Regelungen der §§ 492, 494 und 355 ff.? .....	166
a) Ausschluss aufgrund einer möglichen Sperrwirkung der §§ 492, 494 und 355 ff. BGB? .....	166
b) Schadensersatz bei lediglich fehlerhafter Informationsserteilung ...	169
c) Konkurrenz zum Verbraucherschutz mittels Schriftform.....	170
aa) Bindungswirkung der vorvertraglichen Information .....	170
bb) Ausschluss durch korrekte vertragliche Informationen .....	172
2. Fehlerhafte Informationsserteilung bei Vertragsschluss im Internet .....	174
3. Schadensersatz bei Nichtbenutzung des gesetzlichen Musters? .....	176
a) Pflichtverletzung durch Nichtbenutzung der gesetzlich vorgeschriebenen Musters trotz Vergleichbarkeit der erteilten Informationen.....	177
b) Vermutung aufklärungsrichtigen Verhaltens .....	179
4. Mögliche Schadensersatzansprüche im Hinblick auf die „Rechtzeitigkeit“ der vorvertraglichen Informationssertei- lung.....	183

a) Erfordernis einer Mindestwartezeit i. S. einer „Cooling-Off-Periode“ .....	183
b) Übertragung der Wertungen aus dem Fernabsatzrecht.....	184
c) Vergleich mit anderen Mitgliedstaaten.....	185
d) Gegenargumente .....	186
5. Besonderheiten bei Spar-Kredit-Kombinationen.....	188
a) Frühere Rechtsprechung zu Spar-Kredit-Kombinationen.....	189
b) Neuregelung durch die Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie .....	191
6. Rechtsfolgen aus der Verletzung der vorvertraglichen Informationspflicht nach § 491a Abs. 1 BGB i. V. mit Art. 247 §§ 1 ff. EGBGB .....	194
II. Ansprüche des Verbrauchers bei Verletzung der Erläuterungspflicht nach § 491a Abs. 3 Satz 1, 2 BGB durch das Kreditinstitut .....	197
1. Die Erläuterungspflicht als Auswahlpflicht des Kreditinstituts .....	198
2. Verpflichtung zum Hinweis auf Alternativangebote .....	199
a) Meinungsstand in der Literatur .....	200
b) Eigene Stellungnahme.....	202
3. Rein „produktbezogene“ Erläuterungspflicht .....	204
a) Gesetzliche Vorgaben .....	204
b) Meinungsstand in der Literatur .....	206
c) Eigene Stellungnahme.....	210
4. Form und Umfang der Erläuterung .....	213
5. Die Verpflichtung zur Prüfung der Kreditwürdigkeit nach § 18 Abs. 2 KWG .....	216
a) Schutzwirkung zugunsten des Verbrauchers.....	216
b) Meinungsstand in der Literatur .....	218
c) Umsetzung in anderen Mitgliedstaaten.....	220
d) Eigene Stellungnahme.....	221
6. Rechtsfolgen.....	222
<b>8 Zusammenfassung der Ergebnisse .....</b>	<b>225</b>
<b>Literatur.....</b>	<b>235</b>